

Teil A: Verfahrensbedingungen

A. Auftraggeber, externe Unterstützung	2
B. Vergabeverfahrensart	2
C. Vergabeunterlagen	2
D. Ablauf und Fristen des Verfahrens	3
E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung	3
F. Verfahrenssprache	5
G. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit	5
H. Datenschutz während des Vergabeverfahrens	5
I. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit	6
J. Elektronische Abgabe von Angeboten	6
K. Eignungskriterien, Nachweise	7
L. Nachunternehmer	7
M. Eignungsleihe	7
N. Bietergemeinschaften	7
O. Anforderungen und Angebote	8
P. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen	8
Q. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss	8
R. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren	9
S. Ortstermin	9

A. Auftraggeber, externe Unterstützung

Auftraggeber im Rahmen dieses Vergabeverfahrens ist der **aha Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover**

Der Auftraggeber wird von der DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Podbielskistraße 344, 30655 Hannover, im Rahmen des Vergabeverfahrens unterstützt. Alle von Bieter¹ eingereichten Unterlagen werden deshalb neben Beschäftigten des Auftraggebers auch den Mitarbeitern der Rechtsanwaltsgesellschaft zugänglich gemacht. Die Mitarbeiter unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Bietern und hinsichtlich der Inhalte der Teilnahmeanträge und Angebote von Berufs wegen einer umfassenden Verschwiegenheitspflicht.

B. Vergabeverfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als EU-weites offenes Verfahren gemäß § 119 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und § 15 der Vergabeverordnung (VgV) durchgeführt.

C. Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt für das Vergabeverfahren die folgenden Unterlagen zur Verfügung (Änderungen und Ergänzungen im Laufe des Verfahrens bleiben vorbehalten):

- Teil A: Verfahrensbedingungen, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage A01: Eignungskriterien
 - o Anlage A02: Zuschlagskriterien
 - o Anlage A03: Informationen zum Datenschutz
- Teil B: Leistungsbeschreibung, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage B01: Musterdienstanweisung für das Wachpersonal Deponie Burgdorf
 - o Anlage B02: Musterdienstanweisung für das Wachpersonal Deponie Kolenfeld
 - o Anlage B03: Musterdienstanweisung für das Wachpersonal Deponie Lahe
- Teil C: Vertragsbedingungen
- Teil D: Angebotsunterlagen, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage D01: Referenzblatt
 - o Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis
 - o Anlage D03: Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe
 - o Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung
 - o Anlage D05: Nachweis der Ortsbesichtigung

¹ Genderhinweis: Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich das generische Maskulinum verwendet. Der Auftraggeber schließt damit alle Geschlechter gleichberechtigt ein.

- Anlage D06: Preisblatt

Die Unternehmen haben sich **unmittelbar** nach dem Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern und diese auch auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen. Bestehen nach Auffassung eines Unternehmens in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können.

Der Auftraggeber stellt Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens **ausschließlich** in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, haben Unternehmen den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die betreffenden Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut zur Verfügung gestellt. Unternehmen sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Unterlagen vollständig und die Dateien zu öffnen sind.

D. Ablauf und Fristen des Verfahrens

Der Schlusstermin für den Eingang der Angebote (**Angebotsfrist**) richtet sich nach den Angaben **in Ziffer 5.1.12 der Auftragsbekanntmachung**. Fragen innerhalb der Angebotsphase (siehe dazu I.) sind bis spätestens **acht Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** zu stellen, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 VgV beantworten kann.

Bieter sind bis zum Ablauf des **in Ziffer 5.1.12 der Auftragsbekanntmachung** genannten Tages (**Bindefrist**) an ihr Angebot gebunden. Der Auftraggeber behält sich bei Bedarf vor, Bieter um Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist zu bitten.

Nach Abschluss der Angebotswertung unter Berücksichtigung der **Zuschlagskriterien (Anlage A02)** wird der Auftraggeber entsprechend § 134 Abs. 1 GWB die Bieter informieren, deren Angebote nicht für den Zuschlag vorgesehen sind (**Vorabmitteilung**) und nach Ablauf der gesetzlichen **Wartefrist** gemäß § 134 Abs. 2 GWB den Zuschlag erteilen.

E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung

Der Auftraggeber wickelt das gesamte Vergabeverfahren in elektronischer Form über die Vergabeplattform DTVP ab. Insbesondere erfolgen die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bietern sowie die Einreichung von Angeboten **ausschließlich in elektronischer Form** über den Projektraum des Verfahrens. Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die Vergabeplattform sind für Bieter vollständig kostenfrei.

Zur Nutzung der Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Angebote sind lediglich ein

aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich HTML- und Javascript-konforme Standardtechnologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet. Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

- Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote vor Ablauf der entsprechenden Frist (z.B. Angebotsfrist), ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quitungsmechanismen durch.

Der sogenannte E-Angebotsservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote gegenüber der Vergabeplattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotsservice auf Grund der Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote zugreifen.

Um sicherzustellen, dass Unternehmen automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen informiert werden und die Antworten auf Fragen anderer Unternehmen erhalten, sollten sie sich auf der Vergabeplattform für das Vergabeverfahren registrieren (freiwillige Registrierung). **Es obliegt ausschließlich dem Unternehmen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass das bei der Registrierung angegebene E-Mail-Postfach kontinuierlich überwacht wird.**

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Bieterbereich der Vergabeplattform ggf. rechtserhebliche Nachrichten des Auftraggebers eingehen können, die mit Einstellung in das Postfach auf der Vergabeplattform im rechtlichen Sinne zugegangen sind.

Ohne Registrierung kann der Erhalt vorstehender Informationen nicht gewährleistet werden. Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig im Projektraum auf der Vergabeplattform informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. **Das Risiko, ein Angebot auf Grundlage veralteter Vergabeunterlagen oder Informationen abzugeben, liegt ohne erfolgte Registrierung beim Unternehmen.** Die Registrierung für die Vergabeplattform ist für Bieter vollständig kostenfrei.

F. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**. Sämtliche Kommunikation zwischen Unternehmen und dem Auftraggeber wird auf Deutsch geführt. Angebote und sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zu fassen. Soweit Unterlagen in nicht-deutscher Sprache vorgelegt werden, sind deutsche Übersetzungen beizufügen, sofern der Auftraggeber hierauf nicht verzichtet; eine Beglaubigung der Übersetzung kann gefordert werden.

G. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit

Fragen innerhalb des Vergabeverfahrens können ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Projektraum der vom Auftraggeber genutzten Vergabepattform gestellt werden und werden im Rahmen von Rundschreiben über die Vergabepattform anonymisiert beantwortet. **Fragen, die auf anderem Wege (insbesondere telefonisch, per Fax oder E-Mail) gestellt werden, werden nicht beantwortet.**

Unternehmen haben den Auftraggeber unverzüglich auf etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten oder Rechtsverstöße hinzuweisen, damit der Auftraggeber rechtzeitig und unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung aller Unternehmen angemessen reagieren kann. Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Auftragsgegenstand sind von etwaigen Rügen deutlich zu trennen.

Erkennt ein am Auftrag interessiertes Unternehmen einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, ist dies innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Unabhängig hiervon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe von Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen ebenfalls innerhalb dieser Frist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. **Wird gegen diese Obliegenheiten verstoßen, ist ein Antrag auf Nachprüfung gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB unzulässig.**

Teilt der Auftraggeber auf eine Rüge eines Unternehmens mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann hiergegen ein Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer gestellt werden. Der Antrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

H. Datenschutz während des Vergabeverfahrens

Die von Bietern gegebenenfalls im Verlauf des Vergabeverfahrens erbetenen personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des Datenschutzrechts im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Mit der Teilnahme am Vergabeverfahren erklären sich

Bieter hiermit einverstanden. Soweit Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens dem Auftraggeber personenbezogene Daten von Dritten (Mitarbeiter, Nachunternehmer, Mitglieder einer Bietergemeinschaft, Referenzgeber usw.) übermitteln, sind diese für das Vorliegen der jeweils erforderlichen datenschutzrechtlichen Einwilligung der Dritten selbst verantwortlich. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich in der **Anlage A03**.

I. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit

Sämtliche vom Auftraggeber im Verfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen nur zur Einreichung eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Unternehmen haben – auch nach Beendigung des Verfahrens – über alle im Zusammenhang mit diesem Verfahren bekannt gewordenen Informationen und dienstliche Angelegenheiten des Auftraggebers Stillschweigen zu bewahren. Vorstehende Verpflichtungen erstrecken sich auch auf Nachunternehmer und sonstige Dritte.

J. Elektronische Abgabe von Angeboten

Für die Abgabe der Angebote sind **ausschließlich** die Unterlagen in **Teil D** der Vergabeunterlagen zu verwenden. Bitte verzichten Sie darauf, über die an dieser Stelle geforderten Anlagen und Nachweise hinaus weitere Unterlagen beizufügen.

Die Abgabe erfolgt grundsätzlich über die von DTVP bereitgestellte **webbasierte Angebotsabgabe**, die eine vollständig browserbasierte Übermittlung der Unterlagen ermöglicht. Die webbasierte Angebotsabgabe wird unmittelbar im jeweiligen Projektraum gestartet. Die Bieter laden die geforderten Dokumente in der vorgegebenen Struktur hoch und schließen die Abgabe durch elektronische Übermittlung über das System ab. Nach Abgabe erhalten sie ein **elektronisches Abgabeprotokoll**, das die erfolgreiche Übermittlung dokumentiert. Der Projektraum ermöglicht zudem die Einsicht in abgegebene, zurückgezogene oder fehlerhaft übermittelte Angebote.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der **vollständige, technisch erfolgreiche Upload über die Vergabepattform**. Der Eingang wird durch die Plattform mit einem **elektronischen Zeitstempel** dokumentiert. Sofern ein verspäteter Eingang nachweislich auf Umstände zurückzuführen ist, die das Unternehmen nicht zu vertreten hat, kann ein dennoch verspätet eingegangenes Angebot berücksichtigt werden; die Darlegungs- und Beweislast liegt beim Unternehmen.

Neben der webbasierten Angebotsabgabe besteht für Unternehmen weiterhin die Möglichkeit, Angebote über das bisherige, lokal zu installierende **Bietertool** einzureichen. Hierzu werden die Projektdateien aus dem Projektraum heruntergeladen und in der Desktop-Anwendung geöffnet. Die Übermittlung der Angebotsunterlagen erfolgt in diesem Fall mittels Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zwischen dem Rechner des Unternehmens und der Vergabestelle. Auch bei

Nutzung des Bietertools wird der fristgerechte Eingang durch ein elektronisches Abgabeprotokoll bestätigt.

Die Vergabeplattform gewährleistet eine durchgängige Verschlüsselung sowie eine fristgerechte und manipulationssichere Übermittlung der elektronischen Angebote und Teilnahmeanträge.

K. Eignungskriterien, Nachweise

Der Auftraggeber wird die Eignung der Bieter im Sinne von § 122 GWB anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Kriterien prüfen. Die Kriterien sowie die zum Nachweis verlangten Unterlagen sind außerdem im Einzelnen nochmals in **Anlage A01** dargestellt. Soweit der Auftraggeber Formblätter für die geforderten Angaben vorgibt, befinden sich diese in **Teil D** der Vergabeunterlagen.

L. Nachunternehmer

Bieter haben in dem Nachunternehmerverzeichnis (**Teil D, Anlage D02**) anzugeben, ob und ggf. welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen. **Die Anlage D02 ist auch mit abzugeben, wenn kein Einsatz von Nachunternehmern beabsichtigt ist.**

M. Eignungsleihe

Sollte ein Bieter die erforderliche Eignung für die ausgeschriebene Leistung nur dadurch nachweisen können, dass er ein anderes Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er bei Abgabe des Angebots seine Verfügung über die Ressourcen des anderen Unternehmens und dessen Eignung sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe mittels einer rechtsverbindlich unterzeichneten Verpflichtungserklärung (**Teil D, Anlage D03**) nachzuweisen.

N. Bietergemeinschaften

Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebot abgegeben werden. Der Name der Bietergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe **Teil D** der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer Bietergemeinschaft eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist die Bietergemeinschaftserklärung (**Teil D, Anlage D04**) in **von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter** Form abzugeben.

Änderungen der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft im laufenden Vergabeverfahren sind **unzulässig** und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen.

O. Anforderungen und Angebote

Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Die Formblätter in **Teil D** der Vergabeunterlagen sind zu verwenden. Angebote, die nicht die geforderten oder ggfs. nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, von Bewerbern bzw. Bietern unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes gemäß § 56 Abs. 2 VgV Unterlagen nachzufordern. **Ein Anspruch auf Nachforderung von Unterlagen besteht jedoch nicht.**

Allgemeine Geschäfts-/Vertragsbedingungen der Bieter werden **nicht** akzeptiert. Werden solche vom Bieter beigelegt oder wird darauf im Angebot Bezug genommen, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV). Das gleiche gilt für Angebote, die unter Vorbehalt abgegeben werden, oder bei denen sonstige Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.

P. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist sind Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen eines Angebotes ausschließlich über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform möglich. Das gleiche gilt für eine eventuelle Rücknahme.

Angebote müssen der **Textform gemäß § 126b BGB** entsprechen und den Namen des Erklärenden unmissverständlich erkennen lassen.

Q. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss

Über den Zuschlag wird der Auftraggeber anhand der Zuschlagskriterien gemäß **Anlage A02** entscheiden.

Mit dem Zuschlag kommt der Vertrag (Teil C) zustande. Der Vertrag wird nach Zuschlagserteilung final mit Anlagen ausgefertigt und unterzeichnet. Die Unterzeichnung hat rein deklaratorische Wirkung und dient der Dokumentation der mit Zuschlag geschlossenen vertraglichen Regelungen.

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass im Rahmen des vorliegenden offenen Vergabeverfahrens **keine Verhandlungen** über die Vertragsinhalte erfolgen können. Fragen und Anmerkungen zu den Verträgen und Leistungsinhalten sind daher **im Rahmen der Angebotsphase** an den Auftraggeber zu richten.

R. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren

Der Auftraggeber gewährt keine Vergütung bzw. Kostenerstattung für die Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme am Vergabeverfahren.

S. Ortstermin

Jedes am Auftrag interessierte Unternehmen ist verpflichtet, während der Angebotsfrist eine Ortsbesichtigung in den Objekten durchzuführen. Diese Verpflichtung gilt ausdrücklich auch für Bestandsauftragnehmer.

Der Nachweis über die Durchführung der Ortsbesichtigung ist mit dem Angebot vorzulegen (Formblatt in Teil D, Anlage D05 „Nachweis der Ortsbesichtigung“).

Deponie Lahe: Herr Kirchner, Telefon: 0511/9911-40560
 Herr Pohl, Telefon: 0511/9911-47956

Deponie Kolenfeld: Frau Meise, Telefon: 0511/9911-33911
 Herr Hurkuck, Telefon: 0511/9911-33913

Deponie Burgdorf: Herr Kirchner, Telefon: 0511/9911-40560
 Herr Rosemann, Telefon: 0511/9911-36513

Angebote, denen keine Ortsbesichtigung im geforderten Umfang vorausgegangen ist, werden nicht berücksichtigt.

Anlage A01: Eignungskriterien

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bieter anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Eignungskriterien, die hier nochmals im Überblick dargestellt werden. Soweit der Auftraggeber zur Erklärung Formblätter vorgibt, befinden sich diese in **Teil D der Vergabeunterlagen**).

#	Kriterium	Mindestanforderung
1	Nachweis der Eintragung im Handelsregister	Bei Angebotsabgabe nicht älter als 6 Monate.
2	Erlaubnis zur Ausübung eines Bewachungsgewerbes nach § 34a Abs. 1 GewO	Es ist eine aktuell gültige, ausgestellte gewerberechtliche Erlaubnis gemäß § 34a Abs. 1 GewO vorzulegen. Das Fortbestehen der aktuellen Gültigkeit kann durch eine entsprechende Eigenerklärung des Bieters oder eine behördliche Bestätigung nachgewiesen werden.
3	Zertifizierung nach DIN 77200-1 oder vergleichbar Ein entsprechender Nachweis ist dem Angebot beizulegen.	
4	Notruf- und Serviceleitstelle für die zu bewachenden Liegenschaften/Deponiestandorte Nachweis das der Auftragnehmer eine Notruf- und Serviceleitstelle eingerichtet hat oder eine rechtsverbindliche Erklärung des Zertifizierers, dass der Auftragnehmer bereit und in der Lage ist, eine solche Notruf- und Servicestelle rechtzeitig zum Leistungsbeginn einzurichten.	Diese muss mindestens nach Klasse A der Richtlinie VdS für Notruf- und Serviceleitstellen oder einer gleichwertigen Zertifizierung zertifiziert sein.
5	Jahresumsatz Eigenerklärung über den Umsatz des Bieters in den Jahren 2023 bis 2025 insgesamt aus Überwachungsdienstleistungen. Der	

	Auftraggeber behält sich vor, zum Nachweis der Richtigkeit der Angaben ergänzende Unterlagen anzufordern, z. B. (testierte) Jahresabschlüsse oder Bestätigungen eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters.	
6	Referenzleistungen Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben durch Nachfrage bei den als Referenz genannten Auftraggebern zu überprüfen. Nicht überprüfbare Referenzen werden nicht berücksichtigt.	<p>Es ist mindestens eine vergleichbare Referenzleistung anzugeben.</p> <p>Es gelten nur folgende Referenzen als vergleichbar. Vergleichbar sind Leistungen, bei denen alle nachfolgenden Merkmale vorliegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bewachung einer im Anhang 1 (Sektor Energie), 2 (Sektor Wasser) oder 8 (Sektor Siedlungsabfälle) zur BSI-Kritisverordnung - BSI-KritisV aufgeführten Anlage. - Die Leistung wurde in einem zusammenhängenden Zeitraum von mindestens einem Jahr erbracht. - Die Art der Bewachungsleistungen umfasst mindestens den Objektschutz (Regelmäßige Kontrollgänge, Zugangskontrollen, Überwachung von Gebäuden, Zufahrten und Anlagen), Interventionsdienst (Reaktion auf Alarmer und Störungen, Zusammenarbeit mit Behörden) und die Brandschutzüberwachung (Prävention und Meldung von Brandgefahren (z. B. durch Selbstentzündung von Abfällen)). - Die Referenzleistung muss seit dem 01.01.2021 erbracht worden sein.
7	Personalstand Eigenerklärung zum Personalstand im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2023 bis	Es sind durchschnittlich mindestens 25 im Bewacherregister registrierte Wachpersonen erforderlich.

	2025, gegliedert nach Mitarbeitern insgesamt und im Bewacherregister registrierten Wachpersonen.	
8	Objektleitung Eigenerklärung zum vorgesehenen Objekt-leiter und stellv. Objektleiter unter Angabe des Namens, beruflicher Qualifikation und Berufserfahrung in Jahren.	Für die als Objektleiter und stellv. Objekt-leiter vorgesehenen Personen ist ein Nachweis der erfolgreichen Ablegung der Sachkundeprüfung gem. § 34a Absatz 1 Satz 3 Nummer 3 und Absatz 1a Satz 2 GewO i.V.m. § 11 BewachV oder eines vergleichbaren Nachweises vorzulegen. Der Objektleiter und stellv. Objektleiter besitzen mindestens eine zweijährige Berufserfahrung.
9	Angaben zum Nachunternehmereinsatz Eigenerklärung dazu, ob und ggf. welche Leistungen an Nachunternehmer übertragen werden sollen.	
10	Berufshaftpflichtversicherung Nachweis einer branchenüblichen Berufs-bzw. Betriebshaftpflichtversicherung gem. § 14 BewachV oder rechtsverbindliche Erklärung der Versiche-rung, im Auftragsfall eine entsprechende Deckung zu gewähren Bei einer Bietergemeinschaft ist ein ent-sprechender Nachweis bzw. eine Erklä-rung von jedem Mitglied vorzulegen.	Mindestversicherungssumme: <ul style="list-style-type: none"> • Personenschäden: 1.000.000 EUR • Sachschäden: 250.000 EUR • für das Abhandenkommen be-wachter Sachen 15.000 EUR • Vermögensschäden: 12.500 EUR Eine evtl. Deckelung der Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Doppelte der vorgenannten Deckungs-summe pro Jahr betragen.
11	Gesetzliche Ausschlussgründe Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB.	
12	Eigenerklärung zum fehlenden Russ-landbezug der Leistungen	

	Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576.	
13	Erklärung nach § 4 Abs. 1 NTVergG Eigenerklärung zur Einhaltung des Mindestlohns.	

Anlage A02: Zuschlagskriterien

Zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots gemäß § 127 GWB werden folgende Zuschlagskriterien herangezogen:

#	Kriterium/Unterkriterium
1.	Honorarparameter
1.1	Jährliches Netto-Gesamtentgelt für die regulären Einsatzzeiten
1.2	Stundenverrechnungssätze für Einsätze außerhalb der regulären Einsatzzeiten
2.	Personal- und Vertretungskonzepts

Zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots findet die gewichtete Richtwertmethode bzw. Referenzwertmethode Anwendung.

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot mit der höchsten Kennzahl S (Score) nach der folgenden Formel:

$$S = W_L \times \frac{L}{L_{ref}} - W_{P-Gesamt} \times \frac{P_{Gesamt}}{P_{ref-Gesamt}} - W_{P-Stunden} \times \frac{P_{Stunden}}{P_{ref-Stunden}}$$

Die Kennzahl S (Score) für die Leistungs-Preis-Bewertung eines Angebots ergibt sich aus der Subtraktion der gewichteten Preisterme vom dem gewichteten Leistungsterm. Die so gebildete Kennzahl S wird mit dem Faktor 1000 multipliziert. Dabei wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet. Bei Gleichstand der Kennzahlen erhält das Angebot mit der größeren Leistungspunktzahl den Zuschlag. Führt dies nicht zu einem eindeutigen Zuschlagsergebnis, entscheidet das Los.

Der oben stehenden Formel werden folgende Wertigkeitsfaktoren und Referenzwerte zugrunde gelegt:

Wertigkeitsfaktor:

Wertigkeitsfaktor des Zuschlagkriteriums	Gewichtung in Prozent
Gewichtung für das Zuschlagskriterium 1.1 = $W_{P-Gesamt}$	45
Gewichtung für den Zuschlagskriterium 1.2 = $W_{P-Stunden}$	5
Gewichtung für das Zuschlagskriterium 2 = W_L	50

Referenzwerte:

Zuschlagskriterium	Referenzwert
Referenzwert für das Zuschlagskriterium 1.1 „Jährliches Netto-Gesamtentgelt“ $= P_{ref-Gesamt}$	576.500,00 EUR netto
Referenzwert für Zuschlagskriterium 1.2 „Stundenverrechnungssätze für Einsätze außerhalb der regulären Einsatzzeiten“ $= P_{ref-Stunden}$	24,50 EUR netto
Referenzwert für das Zuschlagskriterium 2 „Personal- und Vertretungskonzepts“ die Leistungspunkt $= L_{ref}$	80 Punkte

1. Honorarparameter

1.1 Jährliches Netto-Gesamtentgelt

Gewertet wird der gewichtete Preisterm für das **Zuschlagskriterium 1.1 „Jährliches Netto-gesamtentgelt“**. Dieser wird wie folgt berechnet:

Das im Preisblatt (Anlage D06) angegebene jährliche Nettogesamtentgelt (P_{Gesamt}) wird durch den vorgegebenen Referenzwert für das Zuschlagskriterium 1.1 ($P_{ref-Gesamt}$) dividiert und anschließend mit der vorgegebenen Gewichtung in Form des Wertigkeitsfaktors für das Zuschlagskriterium 1.1 ($W_{P-Gesamt}$) multipliziert.

Der Angebotspreis umfasst alle anfallenden Kosten. Kosten für die Ausstattung, Zuschläge auf die Lohnkosten, Overheadkosten etc. sind einzupreisen. Erfasst sind daher auch der An- und Abtransport von Geräten, Maschinen und Material sowie die An- und Abfahrten zur jeweiligen Deponie. Dem Angebot für das Nettojahresentgelt ist ein Stundenansatz von 6.249 Stunden pro Jahr zugrundezulegen. In diesem Stundenansatz sind die Deponien in Burgdorf, Kohlenfeld und Hannover-Lahe erfasst

1.2 Netto-Stundenverrechnungssätze für Einsätze außerhalb der regulären Einsatzzeiten (optionale Leistung)

Gewertet wird der gewichtete Preisterm für das **Zuschlagskriterium 1.2 „Stundenverrechnungssätze für Einsätze außerhalb der regulären Einsatzzeiten“**. Dieser wird wie folgt unter zugrundelegung der angebotenen Nettostundenverrechnungssätze gemäß Anlage D06, Ziffer II berechnet:

$$P_{\text{Stunden}} = \frac{\text{Stundenverrechnungssatz (Objektleiter)} + 4 \times \text{Stundenverrechnungssatz (Einsatzkraft)}}{5}$$

Der so errechnete Preisterm für die Stundenverrechnungssätze (P_{Stunden}) wird durch den vorgegebenen Referenzwert für das Zuschlagskriterium 1.2 ($P_{\text{ref-Stunden}}$) dividiert und anschließend mit der vorgegebenen Gewichtung in Form des Wertigkeitsfaktors für das Zuschlagskriterium 1.2 ($W_{P\text{-Stunden}}$) multipliziert.

Der Angebotspreis umfasst alle anfallenden Kosten. Kosten für die Ausstattung, Zuschläge auf die Lohnkosten, Overheadkosten etc. sind einzupreisen. Erfasst sind daher auch der An- und Abtransport von Geräten, Maschinen und Material sowie die An- und Abfahrten zur jeweiligen Deponie.

2. Personal- und Vertretungskonzepts

Gewertet wird der gewichtete Leistungsterm für das **Zuschlagskriterium 2 „Personal- und Vertretungskonzepts“**. Dieser wird wie folgt berechnet:

Die gemäß Zuschlagskriterium 2 erzielte Leistungspunktzahl L des Angebots wird durch den vorgegebenen Referenzwert für die Leistungspunktzahl L_{ref} dividiert und anschließend mit der vorgegebenen Gewichtung in Form des Wertigkeitsfaktors für die Leistung W_L multipliziert.

Die Konzepte werden anhand der nachstehenden Ausführungen bewertet:

Bieter haben Ihrem Angebot ein Personal- und Vertretungskonzept beizufügen. Sie haben darin darzustellen, wie sie sich die Bearbeitung der beauftragten Leistungen in personeller und organisatorischer Hinsicht vorstellen.

Gewertet werden die konzeptionellen Ausführungen, die von den Bietern mit dem Angebot abgegeben werden. Bieter sollen möglichst konkret erläutern, mit welchen Methoden bzw. welcher Herangehensweise sie die Erwartungen des Auftraggebers erfüllen wollen. Die konzeptionellen Ausführungen der Bieter werden unabhängig voneinander gewertet nach dem zu erwartenden Erfüllungsgrad der Ausführungen der Bieter bewertet (**sog. absolute Angebotswertung**). In die Bewertung fließt auch ein, wie konkret und verbindlich das Konzept ist.

Die Punktbewertung der Konzepte erfolgt durch ein Gremium, das aus mehreren Vertretern des Auftraggebers besteht. Gewertet werden die Ausführungen, die von den Bietern mit dem Angebot abgegeben werden.

Das Konzept muss Darstellungen zu folgenden Aspekten beinhalten:

Sicherstellung der kontinuierlichen Bewachung / Vertretungskonzept: Die Bieter haben darzustellen, mit welchen organisatorischen, personellen und betrieblichen Maßnahmen sie insbesondere auch den **kurzfristigen Ausfall von Bewachungspersonal** (z. B. krankheits- oder urlaubsbedingt) kompensieren. Das Konzept muss erkennen lassen, dass **unbewachte Zeiten zuverlässig ausgeschlossen** werden. Dies ist von besonderer Bedeutung, da der

Auftraggeber zur **kritischen Infrastruktur** gehört und auf seinen Liegenschaften aufgrund der dort gelagerten Abfälle **erhöhte Gefahrenlagen**, insbesondere **Brand- und Sicherheitsrisiken**, bestehen. Vor diesem Hintergrund sind an die Ausfallsicherheit der Bewachungsleistung erhöhte Anforderungen zu stellen. Positiv zu bewerten sind insbesondere:

- nachvollziehbare und belastbare Vertretungsregelungen (z. B. Springer- oder Reservepersonal),
- organisatorische Maßnahmen zur kurzfristigen Einsatzsteuerung,
- Angaben zur Personalverfügbarkeit auch außerhalb regulärer Dienstzeiten,
- klare Verantwortlichkeiten und Eskalationsmechanismen bei Personalengpässen.

Personalbindung: Aus Sicht des Auftraggebers ist es entscheidend, dass der Auftragnehmer dauerhaft über eine ausreichende Anzahl qualifizierten Bewachungspersonals verfügt. Dem Auftraggeber ist bewusst, dass im Bereich der Bewachungsdienstleistungen branchenbedingt eine erhöhte Personalfluktuations besteht. Gerade vor dem Hintergrund, dass vor jedem Einsatz eine spezifische Einweisung in die auf den Liegenschaften des Auftraggebers bestehenden Gefahrenquellen erforderlich ist und das Bewachungspersonal mit den besonderen Risiken (z. B. Brandgefahren) vertraut sein muss, ist es von erheblicher Bedeutung, dass bereits eingewiesenes Personal möglichst langfristig beim Auftragnehmer beschäftigt bleibt. Bieter haben daher in Ihrem Konzept die in Ihrem Unternehmen ergriffenen konkreten Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung darzustellen. Positiv zu bewerten sind insbesondere:

- die Zahlung eines **branchenüblichen Tariflohns**, der über den gesetzlichen Mindestlohn hinausgeht,
- tarifvertragliche oder tarifähnliche Arbeitsbedingungen,
- zusätzliche **Unternehmensbenefits** (z. B. Weiterbildungsangebote, Zulagen, planbare Arbeitszeiten),
- Maßnahmen zur Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit und -loyalität.

Der Bieter kann ergänzend Angaben dazu machen,

- wie lange das bei ihm beschäftigte Bewachungspersonal **durchschnittlich im Unternehmen verbleibt**, und
- in welchem Umfang dies auf die beschriebenen Personalbindungsmaßnahmen zurückzuführen ist.

Es werden folgende Leistungspunkte vergeben:

Ausprägung	Leistungs- punktzahl
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	100
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lass	80
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	60
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	40
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	20
Unzureichende Ausführungen	0

Ein Angebot muss mindestens 20 von maximal 100 möglichen Leistungspunkten erreichen. Angebote, die mit weniger als 20 Leistungspunkten bewertet werden, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen

Anlage A03: Informationen zum Datenschutz

A. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover, Karl-Wiechert-Allee 60 C, 30625 Hannover, Telefon 0511 9911-0, Telefax 0511 9911-30895, E-Mail: zweckverband@aha-region.de. Den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen erreichen Sie über datenschutz@aha-region.de.

B. Datenerfassung

Wenn Sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen, werden folgende im Angebot genannten Daten des Bewerbers/Bieters, seiner Mitarbeiter sowie sonstiger Personen (z. B. Ansprechpartner eines Referenzgebers) erfasst:

- Anrede, Vorname, Nachname (von Ansprechpartnern)
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Angaben zur persönlichen Eignung (Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen)
- Vertragsbeziehungen

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis durch den Auftraggeber erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergabe-, haushalts-, steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten eine längere Speicherung verpflichtend ist oder die Betroffenen in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

C. Übermittlung an Dritte

Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Der Verantwortliche gibt die personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- dazu nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eine ausdrückliche Einwilligung erteilt worden ist,

- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen an der Nichtweitergabe der Daten besteht,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen erforderlich ist.

D. Betroffenenrechte

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung der beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der beim Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten vom Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der Betroffene aber deren Löschung ablehnen und der Verantwortliche die Daten nicht mehr benötigt, der Betroffene diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;
- gemäß Art. 20 DSGVO die personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt worden sind, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;
- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem Verantwortlichen zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;

- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können sich Betroffene hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

E. Widerspruchsrecht

Sofern personenbezogene Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Betroffene ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation umgesetzt wird. Zur Geltendmachung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an den Verantwortlichen.